

Treffen von DGB-Landes-
vorstand und Landtags-
fraktion der LINKEN

Seite -4-

Entwurf des Antrages an die außerordentliche Tagung
des 1. Parteitages des Landesverbandes der LINKEN
Sachsen-Anhalt am 25.04.2009

Seite -5-

Linkes Blatt **DIE LINKE.** Blatt

8. Ausgabe / 19. Jahrgang

Für Halle

21. April 2009



Arbeit für Alle bei fairem Lohn

Unter dem Motto: Arbeit für Alle bei fairem Lohn lädt der Deutsche Gewerkschaftsbund auch in diesem Jahr zur Kundgebung und dem Familienfest auf die Peißnitzinsel in Halle von 9.30 Uhr bis 15.00 Uhr ein.

Zur Eröffnung und zum Grußwort werden Johannes Krause, DGB Regionsvorsitzender und Dagmar Szabados, Oberbürgermeisterin der Stadt Halle, erwartet. Die Ansprache zum Tag der Arbeit wird Hartmut Meine, Vorsitzender der IG Metall - Bezirk Niedersachsen um 10.00 Uhr halten.

Kulturelle Höhepunkte werden sein:

Paul Bartsch & Band, Kinderprogramm mit Enrico Urban, Tanzzauber Merseburg, Kinderprogramm und Animation mit Spiele Peter, Live-Musik mit Uli Schwinge & Die Giebichensteiner Musikanten sowie den Rosarien Threes.

Simultanschach, Hüpfburg, Schmink- und Bastelstraße, Siebdruck, Clown und Luftballonmodellage runden das Programm ab.

Zahlreiche Vereine, Verbände und Parteien werden ihre Arbeit und ihre Angebote vorstellen.

Ein Beratungszelt zum ALG II ist vor Ort.

Auch DIE LINKE wird traditionell mit einem Infostand auf der Peißnitz sein, um unter anderem ihr Kommunalwahlprogramm und die Kandidaten publik zu machen.

Wir laden alle Genossinnen und Genossen, Mitstreiterinnen und Mitstreiter herzlich ein, unseren Stand zu besuchen.





Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat inzwischen die ganze Welt erfasst und bedroht unsere Wirtschafts- und Sozialsysteme. Die Arbeitslosigkeit steigt. Die noch Arbeit haben, fürchten um ihre Jobs. Die Kaufkraft nimmt ab, die Staatsschulden steigen, Armut greift um sich. Schuld sind rücksichtslose Banken, Börsenspekulationen und eine Politik, die den Kasino-Kapitalismus erst ermöglicht hat. Aber die Zeche sollen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen. Die Politik muss endlich dafür sorgen, dass die Menschen wieder im Mittelpunkt stehen.

Deshalb fordern wir:

„Die Krise nachhaltig bekämpfen. Wir wollen einen Sozialpakt für Europa!
Die Verursacher müssen zahlen“

Unterstützt die Europäischen Aktionstage (European Days of Action) des Europäischen Gewerkschaftsbunds am 14., 15. und 16. Mai 2009 in vier europäischen Metropolen!

Kommt am 16.5.2009 mit nach Berlin.

Die Hauptkundgebung findet um 14.00 Uhr an der Siegessäule statt.

Demonstration - ab 11.30 Uhr

Die DGB Region Sachsen-Anhalt/Süd stellt für die Fahrt kostenlose Mitfahrgelegenheiten zur Verfügung. Folgende Abfahrtsorte und -zeiten sind geplant:

Halle: 08.30 Uhr (Hauptbahnhof, E.-Kamieth-Straße)

Sangerhausen: 06.45 Uhr (Bahnhofsvorplatz - Hauptbahnhof)

Weißenfels: 07.30 Uhr (Busbahnhof)

Merseburg: 08.00 Uhr (Busbahnhof)

Eisleben: 07.00 Uhr (noch offen)

Hettstedt: 07.30 Uhr (Busbahnhof)

Naumburg: 07.00 Uhr (Vogelwiese)

Zeitz: 07.45 Uhr (noch offen)

(Änderungen vorbehalten.)

Anmeldungen zwingend erforderlich

Alle Infos unter: www.region-sachsen-anhalt-sued.dgb.de; Tel. 0345-6826911; Mail: halle@dgb.de

V.i.S.d.P. DGB Sachsen-Anhalt/Süd

DEMONSTRATION, BERLIN, 16. MAI 2009

Eine Aktion der europäischen Gewerkschaften.



Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail info@dielinke-halle.de
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tägig
Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
16.04.2009
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 30.04.2009



Vorankündigung
EU zwischen
Integrationsanspruch
und
Renationalisierungsgefahr

Am 13. Mai, 19.00 Uhr, Martin-Luther-Universität Halle wird Andre Brie, Mitglied des Europaparlaments, einen Vortrag zu „EU: Lissabonvertrag, Abschieberichtlinie“ halten. Eine Veranstaltung der GEW-Hochschulgruppe und des Wahlkreisbüros des Landtagsabgeordneten Hendrik Lange.

Ausführliche Informationen im nächsten "Linken Blatt" am 05.05.2009.

Die Basisorganisation Vogelweide trauert um

Gen. Gert Lehmann

geb.: 08. August 1934

gest.: 19. März 2009

**Wir werden sein Andenken
bewahren.**

**Am 29. März 2009 verstarb unser langjähriger
Genosse**

Fritz Kohl

im Alter von 96 Jahren.

**Wir werden ihn in ehrender Erinnerung
bewahren.**

DIE LINKE, Stadtvorstand

Terminänderung BO-Beratung

Auf Grund der vielen, vor der Wahl anstehenden Termine, mussten wir die für den 06. Mai geplante Beratung der BO-Vertreter leider verschieben, Ersatztermin ist

**Donnerstag, der 30. April 2009, 17:30 Uhr,
Begegnungsstätte der Volkssolidarität, An der Marienkirche 4.**

Der Stadtvorstand möchte die Veranstaltung nutzen, den anstehenden Wahlkampf vorzubereiten und bezüglich der Besetzung von Info-Ständen und der Materialverteilung verbindliche Absprachen treffen. Herzlich eingeladen sind die BO-Vorsitzenden, die Kandidatinnen und Kandidaten sowie alle Mitglieder unserer Partei, die im Wahlkampf mitwirken wollen.

Die vom Stadtvorstand herausgegebene Wahlzeitung, welche das zentrale Werbemittel im Kommunalwahlkampf sein wird, erscheint in einer Auflage von 80.000 Exemplaren.

Unser Ziel ist, sie an alle Haushalte in Halle zu verteilen, für die Plakatierung werden uns 5 Themenplakate zur Verfügung stehen, insgesamt wollen wir in Halle 1.500 Plakate hängen.

Am 06. Mai findet im Stadthaus der Workshop der Initiative Zivilcourage statt (siehe Seite 7).

Treffen von DGB-Landesvorstand und Landtagsfraktion der LINKEN

Im Ergebnis einer Beratung des DGB-Landesvorstandes und der Landtagsfraktion der LINKEN in Sachsen-Anhalt am 15. April 2009 erklären deren Vorsitzende Udo Gebhardt und Wulf Gallert:

„Es besteht die reale Gefahr, dass Sachsen-Anhalt nicht in ausreichendem Maße vom Konjunkturpaket der Bundesregierung profitieren wird. Kleinteiligkeit der Wirtschaftsstruktur und damit verbundene Kapitalschwäche, chronische Unterfinanzierung der Kommunen, schlechte Einkommensstruktur der Bevölkerung, hohe Arbeitslosigkeit sind Tatsachen, denen Rechnung zu tragen ist.

Fakt ist – auch Sachsen-Anhalt befindet sich in einer Krise bisher nicht gekanntes Ausmaßes, selbst wenn heute niemand genau bestimmen kann, wie weit diese Krise schon gediehen ist und noch gedeihen wird.

Fakt ist aber auch – in den Ursachen der Krise wird ihre Lösung nicht zu finden sein, deshalb sind verschärfter Sozialabbau oder Lohnverzicht keine Auswege, sie würden die krisenhafte Entwicklung nur weiter verschärfen.

In all diesen Fragen sind sich der DGB und DIE LINKE einig, so wie auch Einigkeit dazu besteht, dass es eine Reihe gemeinsamer Handlungs- und Aktionsfelder gibt: Durchsetzung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns;

Abschaffung der Rente mit 67, Angleichung des Rentenniveaus Ost-West;

Wiederbelebung und Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme; Personalentwicklung im öffentlichen Dienst, Sicherung der Öffentlichen Daseinsvorsorge;

Entschiedener Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Um hier Fortschritte zu erzielen, bedarf es gesellschaftlicher Bewegungen.

Die Mobilisierung von Menschen, für die eigenen Interessen einzustehen, wird eine der wichtigen Aufgaben von DGB und LINKEN in den kommenden Wochen und Monaten sein, gemeinsam mit vie-

len anderen.

Wir wollen keine Gewerkschaftspartei, so wenig wie Parteigewerkschaften, schon gar keine gegenseitige Vereinnahmung. Wir wollen dort, wo es gemeinsame Interessen und Ziele gibt, gemeinsam für deren Durchsetzung eintreten.“

Petra Sitte als Spitzenkandidatin vorgeschlagen



Der Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird der VertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Bundestagsliste vorschlagen, mit der stellvertretenden Bundestagsfraktionsvorsitzenden Dr. Petra Sitte als Spitzenkandidatin in den bevorstehenden Bundestagswahlkampf zu gehen.

Darüber informierte der Landesvorsitzende Matthias Höhn am gestrigen Abend die Stadt- und Kreisvorsitzenden der Landespartei.

„Petra Sitte gehört zu den profiliertesten und angesehensten Persönlichkeiten der LINKEN in Sachsen-Anhalt. Sie hat sich durch ihre langjährige Arbeit als Vorsitzende der Landtagsfraktion der PDS hohen Respekt weit über die Parteigrenzen hinaus erworben. Mit ihr als Spitzenkandidatin wurde die damalige PDS erstmals zweitstärkste Kraft im Land. Und nicht zuletzt hat DIE LINKE mit ihr als Spitzenkandidatin bei den Bundestagswahlen 2005 mit 26,6 Prozent in Sachsen-Anhalt ein herausragendes Ergebnis erzielt. Daran wollen wir anknüpfen“, so Matthias Höhn.

Zu dem insgesamt fünfköpfigen Personalvorschlag des Landesvorstandes an die VertreterInnenversammlung gehören darüber hinaus die bisherigen Bundestagsabgeordneten Jan Korte (Platz 2), Katrin Kunert (Platz 3) und Roland Claus (Platz 4).

Für den Listenplatz 5 wird die ehemalige Landesvorsitzende der PDS Dr. Rosemarie Hein vorgeschlagen.

Die VertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Bundestagsliste findet am 25. April 2009 in Magdeburg statt.

Entwurf des Antrages an die außerordentliche Tagung des 1. Parteitages des Landesverbandes der LINKEN Sachsen-Anhalt am 25.04.2009

„Original sozial“ am 7. Juni 2009 in Sachsen-Anhalt

Am 7. Juni 2009 finden zwei entscheidende Wahlen statt. Zum einen wird ein neues europäisches Parlament gewählt, in dem DIE LINKE hoffentlich stark vertreten ist. Zum anderen findet der Großteil der Wahlen zu den Gemeinderäten und Ortschaftsräten in Sachsen-Anhalt statt. Darüber hinaus werden die Kreistage der beiden Altmarkkreise neu gewählt.

Diese Wahlen finden in einer Zeit tiefgehender Umbrüche statt.

Zum einen erschüttert die Krise des Neoliberalismus gesellschaftliche Strukturen und stellt sichergeglaubte Perspektiven substantiell in Frage. Plötzlich ist der Staat und damit auch seine Basis, die kommunale Ebene, selbst von denen gefragt, die noch vor kurzem die Privatisierung aller Lebensbereiche als ideologisches Dogma verkauften.

Zum anderen sind die Auswirkungen des demografischen Wandels inzwischen für jeden deutlich sichtbar geworden. Die Unterschiede zwischen den Regionen in Sachsen-Anhalt nehmen weiter zu. Abwanderung und Geburtendefizite werden vielfach als reale Bedrohung des Gemeinwesens wahrgenommen.

In dieser Situation werden die gemeindlichen Strukturen einer grundlegenden Reform unterzogen, die in vielen Teilen des Landes inhaltlich kritisiert wird. Darüber hinaus erzeugt sie aufgrund der in sich widersprüchlichen Konzeption erhebliche Unsicherheiten bei

den Aktiven vor Ort.

Gerade deshalb ist es aber wichtig, dass DIE LINKE als diejenige Partei,

- welche die Ursachen der Krise als einzige politische Kraft bereits vor ihrem Eintreten offengelegt und Alternativen vorgeschlagen hat,
- die bereits langfristig auf die Faktoren aufmerksam gemacht hat, die Abwanderung und Geburtendefizit befördern
- die ein vernünftiges, in sich geschlossenes Konzept zur Gemeindestrukturreform ausgearbeitet und propagiert hat,

offensiv und selbstbewusst in die Wahlen geht.

**Für den Politikwechsel
- hier und in Europa!**

Am 7. Juni 2009 finden zwei entscheidende Wahlen statt. Zum einen findet der Großteil der Wahlen zu den Gemeinderäten und Ortschaftsräten in Sachsen-Anhalt statt, in der Altmark zu den beiden Kreistagen. Zum anderen wird das europäische Parlament neu gewählt.

Europa und die Kommunen sind inzwischen auf das Engste miteinander verbunden. Energie- und Wasserversorgung, Arbeitszeitrichtlinien, Verbraucherschutz und Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft haben konkrete Aus-

wirkungen auf die Situation vor Ort. DIE LINKE kämpft für gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Menschen, in Sachsen-Anhalt und in Europa insgesamt.

DIE LINKE will eine europäische Verfassung, die sich zu zivilen Konfliktlösungen und Abrüstung verpflichtet, eine Verfassung, die Demokratie und Menschenrechte für alle verankert, eine Verfassung, die die Umwelt und Kultur schützt, eine Verfassung, die wirtschaftlich neutral ist und die soziale Rechte verankert, um Armut und Ausgrenzung zu verhindern. Unser Nein zum Vertrag von Lissabon war die Ablehnung von ungebremster Wirtschaftsregulierung, Militarisierung und aggressiver Abschottungspolitik.

**I. Kommunalpolitik – ein
Markenzeichen der LINKEN**

DIE LINKE hat als einzige Partei in Sachsen-Anhalt ein Konzept zur räumlichen Gliederung der öffentlichen Daseinsvorsorge vorgelegt. Heute schon müssen die Weichen gestellt werden, um Lebensqualität und öffentliche Infrastruktur im Land zu erhalten - sowohl für eine immer älter werdende Bevölkerung als auch für die Bedürfnisse von Familien, Berufseinsteigern und Studierenden.

Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Sachsen-Anhalt sind unser politisches Ziel im Kommunalwahlkampf, umgesetzt auf drei Verwaltungsebenen.

1. Wir bekennen uns zu den 5 Planungsregionen in Sachsen-Anhalt, die jede mit einem Träger für „oberzentrale Funktionen“ ausgestattet sein müssen. Das sind für uns neben Magdeburg, Halle und Dessau-Rosslau auch Halberstadt und Stendal.

2. Wir vertreten die Position, dass die „Mittelzentren“ im Land Sachsen-Anhalt das Rückgrat der öffentlichen Daseinsvorsorge darstellen. Auch hier schlagen wir eine Erweiterung vor - um die Städte Querfurt, Gardelegen und Havelberg.

3. Die zukünftigen Einheits- und Verbandsgemeinden sollen in unseren Vorstellungen als „grundzentrale Versorgungsräume“ mehr Eigenverantwortung bekommen.

Der Dreh- und Angelpunkt kommunaler Selbstverwaltung sind die finanziellen Ressourcen einer Kommune und die Entscheidungsmöglichkeiten der gewählten Vertreter. In diesen Fragen hat die Koalition von CDU und SPD in Sachsen-Anhalt eine fast unerträgliche Situation entstehen lassen. Die einseitige Konsolidierung des Landeshaushaltes auf Kosten der Kommunen hat dazu geführt, dass die größeren Kommunen fast ausnahmslos defizitäre Haushalte besitzen und unter die Kommunalaufsicht gestellt werden.

DIE LINKE weiß, ohne gerechte Steuerpolitik im Bund wird sich diese Situation nicht verbessern lassen.

Wir machen Druck für das finanzielle Umsteuern, nur so kann Demokratie vor Ort wirklich gelebt werden.

Auf Landesebene haben wir uns dazu verständigt, dass es zumindest keine weitere Verschlechterung bei den Finanzaufweisungen des Landes an die Kommunen geben darf.

Darüber hinaus treten wir im Interesse der kommunalen Selbstverwaltung für eine möglichst pauschale Zuweisung kommunaler Mittel ein.

II. Für ein linkes Profil in der Kommunalpolitik

DIE LINKE tritt in den Kommunen nicht zum Selbstzweck an. Wir wollen den Wählern ein klares inhaltliches Angebot unterbreiten, auf das sie sich verlassen können, egal wann und wo sie die Kandidaten unserer Partei wählen.

1. DIE LINKE ist die Partei der öffentlichen Daseinsvorsorge

Ein Zuhause ist mehr als eine Adresse, ein Zuhause braucht Strom und Wasser, Bus und Bahn, KiTa und Schulen, Theater und Bibliothek, Krankenhaus und Apotheke. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss abgesichert und bezahlbar bleiben. Dafür benötigen wir die Wahrung und den Ausbau von politischen Einflussmöglichkeiten auch über kommunales Eigentum. Der Verkauf von Krankenhäusern oder Wohnungsgesellschaften scheint manchmal der letzte Ausweg aus einer existenzbedrohenden Haushaltsnotlage zu sein. Wir wissen jedoch um die fehlende Nachhaltigkeit solcher Befreiungsschläge und suchen in kommunaler Verantwortung nach Alternativen.

2. DIE LINKE ist die Partei der demokratischen Mitbestimmung

DIE LINKE setzt sich überall für die größtmögliche Transparenz kommunaler Entscheidungsprozesse ein. Wir halten weiterhin an der Erprobung beispielsweise von Bürgerhaushalten fest und unterstützen die Anwendung von Bürgerentscheiden. Die größte Gefahr für demokratische Mitbestimmung ist der menschenverachtende Rechtsextremismus. Die Kandidaten rechtsextremer Parteien und deren Organisationen werden auch bei dieser Kommunalwahl versuchen, mit ihrer Ideologie Anknüpfungspunkte bei enttäuschten Bürgerinnen und Bürgern zu finden. Wir als LINKE werden alles daran setzen, diese Kräfte politisch zu isolieren und setzen uns offensiv mit diesen Ideologien auseinander. Die Würde eines jeden Menschen ist unantastbar. Dies bleibt Grundlage unseres Handelns

3. DIE LINKE ist die Partei der sozialen Verantwortung

DIE LINKE akzeptiert auf keiner Ebene die zunehmende Polarisierung in Arm und Reich in unserer Gesellschaft. Auf der kommunalen Ebene lassen sich zwar Hartz IV-Gesetze und das Fehlen eines gesetzlichen Mindestlohns nicht aufheben, trotzdem ist der Einsatz gegen soziale Ausgrenzung auch in der Kommune Kernstück unserer Politik. Dazu zählen Forderungen im Bereich der kommunalen Entscheidungen zur Umsetzung des SGB II genauso wie die Unterstützung von Beratungs- und Hilfs-

strukturen und von Selbsthilfeeinrichtungen in den Kommunen.

4. DIE LINKE ist die Partei, die Zukunft denkt

Armut von Kindern und Jugendlichen ist eines der größten Skandale in dieser Gesellschaft. Dies zu bekämpfen, ist auch ein Anliegen unserer kommunalen Vertreterinnen und Vertreter. Dazu zählen die besondere Unterstützung kommunaler Angebote der Jugendhilfe genauso wie kommunale Initiativen zur Unterstützung beispielsweise eines kostenfreien Mittagessens oder kostenfreien Schultransports im Bereich der Sekundarstufe II.

5. DIE LINKE ist die Partei der Bildung, die ankommt

Einer der wichtigsten kommunalen Entscheidungsbereiche betrifft die Schulentwicklungsplanung. DIE LINKE befördert in den Kommunen alle Ansätze, die eine integrative Beschulung erfordern. Wir versuchen, Standortentscheidungen nicht aus der Sicht lokaler Interessen, sondern im Interesse aller betroffenen Schülerinnen und Schüler zu gestalten.

6. DIE LINKE ist die Partei der Kultur in der Kommune

Kommunale Kultureinrichtungen sind gerade in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche wichtige Haltepunkte der Zivilgesellschaft und der gesellschaftlichen Solidarität. Als so genannte freiwillige Aufgaben geraten sie jedoch immer stärker unter den Druck von Haushaltskonsolidierungen. Die Schließung kultureller Einrichtungen bringt nur kurzfristige Ersparnisse, zieht aber erhebliche Folgekosten nach sich.

Dies betrifft sowohl den Verlust an Lebensqualität und der dadurch verstärkten Abwanderung als auch den Verlust an Kommunikation, die für die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft unabdingbar ist.

DIE LINKE tritt als die Partei der

sozialen Gerechtigkeit zu den Europa- und Kommunalwahlen 2009 in Sachsen-Anhalt an. Wir haben machbare Alternativen für das politische Umsteuern - hier und in Europa. Dafür brauchen wir jede einzelne Wählerinnen- und Wählerstimme.



Umgang mit Rechtsextremen im Kommunalwahl- kampf

**Workshop am 06.05., 19.00 Uhr im Stadthaus Halle,
Kleiner Saal**

Die Initiative Zivilcourage Halle lädt Kommunalwahlkandidatinnen und Kandidaten sowie die Wahlkampfhelferinnen und Helfer der demokratischen Parteien und Wählergruppen zu dieser Veranstaltung ein.

Aus der Einladung:

„Als Mitglieder der demokratischen Parteien und Wählergruppen sind Sie schon lange mit den Vorbereitungen für die am 7. Juni stattfindenden Kommunal- und Europawahlen beschäftigt.

Die Möglichkeit, sich an freien und geheimen Wahlen zu beteiligen, ist Ausdruck gelebter Demokratie, die - wir erinnern an die Ereignisse um die gefälschten Kommunalwahlen im Frühjahr 1989 - in unserer Region nicht immer eine Selbstverständlichkeit war.

Demokratie ist auch heute immer wieder gefährdet. Zur Kommunalwahl am 7. Juni werden auch rechtsextreme Kräfte mit fremdenfeindlichen, antisemitischen und antidemokratischen Parolen um die Stimmen der Bürgerinnen und Bürger buhlen.

Im Workshop werden Ihnen - vermittelt durch ReferentInnen des Vereins Miteinander - Informationen zu Ideologie und Strategie von Rechtsextremen nahe gebracht. Ein besonderer Fokus wird auf der Verfasstheit der lokalen rechten Szene liegen. Praxishinweise zum Umgang mit Rechtsextremisten am Wahlkampfstand sowie bei Wahlkampfveranstaltungen erweitern den Workshop.“

Anmeldungen werden bis zum 30. April erbeten per Mail an: iz@friedenskreis-halle.de oder per Fax an 0345 - 27980711.